

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/16

26. Januar 1976

Klares Ziel für den 3. Oktober

Hessen-SPD konzentriert sich auf den Wahlkampf

Von Albert Deswald MdL
Landesvorsitzender der hessischen SPD und Minister-
präsident

Seite 1 / 27 Zeilen

Die Bonner Strategie ist richtig

Eine Analyse der internationalen Entwicklungs-
zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 2 bis 4 / 118 Zeilen

CDU-Wahlprobe spielt falsch

Böse Fehlagitation mit der Berlin-Reiseförderung

Von Jürgen Grimming MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 5 / 34 Zeilen

Wie rechts rechnet Dr. Stoltenberg?

Extremisten-Festlegung nach krummen CDU-Maßstäben

Von Dr. Klaus Klingner MdL
Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
in Schleswig-Holstein

Seite 6 / 43 Zeilen

Mekubre Antilogik als Propagandamittel

Bemerkungen zu den Fluchthelfer-Prozessen in der DDR

Seite 7 und 8 / 56 Zeilen

Klares Ziel für den 3. Oktober

Hessen-SPD konzentriert sich auf den Wahlkampf

Von Albert Osswald MdL

Landesvorsitzender der hessischen SPD und Ministerpräsident

Die hessischen Sozialdemokraten haben sich für die 76er Wahl das Ziel gesetzt, das Ergebnis der Bundestagswahlen des Jahres 1972 zu wiederholen. Das bedeutet, daß die SPD am 3. Oktober erneut einen Stimmenanteil von 48,5 % erreichen und die vor vier Jahren in den 22 Wahlkreisen gewonnenen 20 Direktkandidaten verteidigen will.

Die hessische SPD ist zuversichtlich, ebenso wie bei der letzten Bundestagswahl erfolgreich bestehen zu können, und sieht trotz aller augenblicklichen Schwierigkeiten keinen Grund zum Pessimismus. Sie kann dem Wähler beachtliche Leistungen der Bundes- und Landesregierung vorweisen, die sicherlich am Wahltag honoriert werden. Allerdings wird es vorrangig darauf ankommen, die sozialdemokratische Erfolgabilanz der Öffentlichkeit auch deutlich bewußt zu machen. Das wird sehr nachdrücklich geschehen, zumal die CDU leider auch in Hessen nicht zu sachlichen Auseinandersetzungen bereit ist, sondern es darauf abstellt, Angst und Unsicherheit zu erzeugen.

Die hessischen Sozialdemokraten werden sich jedoch mit allen Kräften den Schwarzmalern und Katastrophenaposteln entgegenstellen und die Bevölkerung davon überzeugen, daß sie nicht um den sozialen Bestand des in den Wachstumsjahren Erreichten zu fürchten braucht. Sie werden dabei aber keine Schönfärberei betreiben. Vielmehr wird die SPD mit einer Politik der Realität den Wahlkampf bestreiten.

Wenngleich der politische Gegner einzig und allein die CDU ist, so wird sich die SPD allerdings auch von der FDP abgrenzen, um die Unterschiede in politischen Sachfragen deutlich zu machen.

Die Tatsache, daß bereits jetzt ein wirtschaftlicher Aufschwung erkennbar wird und wir Hessen mit Bundesverteidigungsminister Georg Leber einen weithin anerkannten Spitzenpolitiker haben, berechtigt die hessischen Sozialdemokraten zum Optimismus. (-/ 26.1.1976/bgy/e)

Die Bonner Strategie ist richtig

Eine Analyse der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Trotz nominaler Steigerungsraten gingen die privaten und öffentlichen Leistungen der Internationalen Gemeinschaft an die Entwicklungsländer im Jahre 1974 real zurück. Aber ohne verstärkte Hilfe von außen, ohne strukturelle Veränderungen in den internationalen ökonomischen Beziehungen, ohne eine effektivere Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern und ohne größere Gerechtigkeit zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern werden die Entwicklungsländer wahrscheinlich keine bedeutenden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte während der verbleibenden Hälfte der Zweiten UN-Entwicklungsdekade machen.

Dieses Fazit zog der Vorsitzende des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD, Maurice J. Williams. In seinem Bericht 1975 über die Leistungen der DAC-Länder an die Dritte Welt wird der Netto-Kapitalabfluß 1974 auf 27,5 Milliarden US-Dollar beziffert, die 0,8 vH des kombinierten Bruttosozialproduktes der DAC-Länder entsprechen. Sechs Länder haben das UN-Ziel, 1 vH des Bruttosozialproduktes für private und öffentliche Leistungen den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, erreicht, nämlich die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Schweden und Belgien. Die Bundesrepublik nimmt mit 0,83 vH einen mittleren Rang ein.

Während die im DAC zusammengeschlossenen westlichen Industriestaaten früher weit über 90 vH dieser öffentlichen Entwicklungshilfe aufbrachten, ist dieser Anteil 1974 dank des OPEC-Engagements auf drei Viertel geschnitten. Die DAC-Länder haben 11,3 Milliarden Dollar, die Erdöl-Länder 2,2 Milliarden und die planwirtschaftlichen Länder 1,25 Milliarden in die bedürftigen Länder transferiert. Die 11,3 Milliarden Dollar der DAC-Länder stellen lt. Williams einen geringeren realen Wert dar als die öffentlichen Hilfeleistungen von durchschnittlich 5,9 Milliarden Dollar in den Jahren 1964 bis 1966. Erstmals befindet sich unter den größten Gebern nach den USA, Frankreich, der Bundesrepublik und Japan mit Saudi-Arabien ein OPEC-Mitglied.

Die Erdöl-Staaten haben durchschnittlich 1,4 vH ihres Bruttosozialproduktes (BSP) für die Entwicklungshilfe aufgebracht (= 2,4 vH ihrer Erdöl-einnahmen), die DAC-Länder weniger als ein Viertel der OPEC-Leistungen, nämlich 0,33 vH des BSP; bei den planwirtschaftlichen Ländern entsprechen die megeren 1,25 Milliarden Dollar einem geschätzten BSP-Anteil von nur 0,15 vH. Absoluter "BSP-Spitzenreiter" ist Kuwait mit 3,1 vH. Als erstes und bisher einziges DAC-Land hat Schweden 1974 mit 0,72 vH das 0,7 vH-Ziel erreicht und überschritten. Die Bundesrepublik steht mit 0,37 vH an zehnter Stelle bei 17 DAC-Mitgliedstaaten. Erstaunlich ist auch der geschätzte BSP-Anteil des Entwicklungslandes China, nämlich 0,24 vH (= 500 Millionen Dollar, neun-

tes größtes Geberland). Einen Negativrekord dürfte die DDR halten; ihre Nettoleistungen für die öffentliche Entwicklungshilfe sind negativ, d. h., die Rückzahlungen waren größer als die neu gewährten Leistungen.

Bei der geographischen Verteilung fällt auf, daß die OPEC-Länder zwei Drittel der bilateralen öffentlichen Leistungen auf nur vier Länder konzentrierten: Ägypten, das allein ein Viertel erhielt, Syrien, Pakistan und Indien. Fast die Hälfte der Leistungen der UdSSR entfiel auf Kuba und Nordvietnam. Dagegen ist bei den westlichen Geberländern eine sehr breite Streuung auf über 100 Entwicklungsländer festzustellen; die drei größten Empfänger, Indonesien, Indien und Bangladesch, erhielten weniger als 20 vH der öffentlichen Hilfe. Die Volksrepublik China gewährt Unterstützung an 50 Länder, besonders an Afrika südlich der Sahara mit einer gewissen Konzentration auf Tansania und Sambia. Mit den Entwicklungshilfeleistungen können die Entwicklungsländer im Durchschnitt ein Fünftel ihrer Importe finanzieren. Damit konnten aber bei weitem nicht die Auswirkungen der Rezession und die höheren Importpreise aufgefangen werden. Die meisten Ölimportierenden Entwicklungsländer haben eine Verschlechterung ihrer terms of trade (Verhältnis Einfuhr zu Ausfuhr) erlebt.

Was bedeuten Analyse und Empfehlungen des DAC-Berichts für die Entwicklungspolitik der Bundesregierung?

1/ Die öffentliche Entwicklungshilfe muß auf längere Sicht weiter gesteigert werden.

2/ Da die öffentliche Entwicklungshilfe immer eine knappe Ressource bleiben wird, muß sie selektiv eingesetzt werden, was bedeutet, daß sie zunehmend auf die ärmsten Entwicklungsländer zu konzentrieren ist (die Hälfte der Mittel läßt die Bundesrepublik bereits Entwicklungsländern mit einem pro-Kopf-Einkommen von unter 200 Dollar zukommen) und wirksamer die ärmsten Bevölkerungsschichten erreichen muß.

3/ Gemäß dem Vorschlag des DAC-Vorsitzenden, die Hilfe für die Landwirtschaft zu verdoppeln, sollte die Bundesregierung den Schwerpunkt Landwirtschaft weiterfahren.

4/ Bestehende Systeme (Wasserversorgung, Management usw.) sind zu verbessern, da dadurch kurzfristig häufig die besten Erfolge erzielt werden können und diese Verbesserung der Absorptionsfähigkeit für Entwicklung zugute kommt.

5/ Bei der Administrierung der Hilfe sollte eine noch größere Flexibilität bei der Finanzierung von Landeswährungskosten und eine stärkere Bereitschaft, auch kleinere Projekte zu fördern, angestrebt werden.

6/ Priorität ist der Schaffung größerer sozialer Gerechtigkeit einzuräumen. Soziale Ziele wurden, so Williams, häufig als ein Nebenprodukt wirtschaftlichen Wachstums behandelt, was dazu führte, daß die Einkommensungerechtigkeiten oft verschärft worden sind. Aber wirtschaftliches Wachstum sei kein absolutes Ziel an sich, sondern ein Mittel, um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerungsmassen zu erreichen. Bisher sei größere Ungleichheit als notwendig für gewisse Entwicklungsstufen armer Länder angesehen worden (z. B. von Brasilien). Einige neuere Studien, so von Irma

Adelmann, seien jedoch zu dem Ergebnis gekommen, daß die erfolgversprechendste Strategie zuerst auf Umverteilung und massive Entwicklung menschlicher Ressourcen bei späterem Wachstum setzen sollte.

Williams hat mit seinem Bericht über Entwicklungszusammenarbeit einige für die OECD mutige Zeichen gesetzt, indem er u.a. den Wachstumsmythos entschleierte und partielle Kritik an der überkommenen Entwicklungspolitik geleistet hat. Allerdings geht er von dem traditionellen Verständnis aus, daß eine stärkere Integration in den Weltmarkt für die Entwicklungsländer von Vorteil sei. Aber gerade die momentane Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern deckt die Verwundbarkeit besonders jener Entwicklungsländer auf, die in den von den marktwirtschaftlichen Metropolen beherrschten Weltmarkt integriert und von diesen deshalb stark abhängig sind. Hinsichtlich der Beziehungsstruktur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern besitzen die Industrieländer ein "Gestaltungsprivileg" (Senghaas). Solange dieses Gestaltungsprivileg nicht zur Disposition gestellt wird, scheint mir die Behauptung, man wolle den sogenannten Nord-Süd-Konflikt durch kooperative Verhaltensmuster auflösen, eine vornehmlich die Entwicklungsländer besänftigende Funktion zu besitzen. Die jüngsten Vereinbarungen beim Internationalen Währungsfonds deuten erfreulicherweise in die richtige Richtung.

Die Bundesregierung sollte weiterhin eine Entwicklungsstrategie verfolgen, die auf die Mobilisierung der eigenen Kräfte in den Entwicklungsländern setzt (Entwicklungshilfe dient dazu, Hilfe überflüssig zu machen, so Bundesminister Egon Bahr). Dabei müssen prioritär die Bedürfnisse der Dritten Welt und nicht jene der entwickelten Welt im Vordergrund stehen. Maurice Williams ist zuzustimmen, Fragen der Dritten Welt kommt dieselbe Bedeutung zu wie jenen der nationalen Verteidigung; und die öffentliche Meinung zu einem so wichtigen Thema ist zu einem erheblichen Teil Ergebnis der Regierungspolitik.

(-/ 26.1.1976/wi/pr)

+ + +

CDU-Wohlrahe spielt falsch

Böse Fehlagitation mit der Berlin-Reiseförderung

Von Jürgen Grimming MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

"Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik" sind - frei nach dem Berliner CDU-MdB Jürgen Wohlrahe - die Leidtragenden, wenn der Haushaltsansatz zur Förderung von Reisen nach Berlin und in das Zonenrandgebiet 1976 wie geplant eine Kürzung erfahren sollte. So jedenfalls verbreitete er sich im Pressedienst seiner Fraktion. Erst einmal in Fahrt gekommen, weiß er in seiner Polemik auch gegen "politische Instinkttlosigkeit" und eine "skandalöse Entscheidung" zu wettern.

Lassen wir dem CDU-Politiker die Freude an der Polemik und orientieren wir uns an den Tatsachen:

1/ Alle Wohlrahebeschen Argumente sind schon in einer Sitzung des innerdeutschen Ausschusses sachlich widerlegt und politisch nachdrücklich zurückgewiesen worden.

2/ Jederwem, der es wissen will, weiß, daß Bundesminister Egon Franke und sein Parlamentarischer Staatssekretär Karl Herold seit Jahren alle nur denkbaren Leistungen zugunsten Berlins und hier wieder insbesondere zugunsten der mittelbaren und unmittelbaren Förderung von Reisen nach Berlin und in das Zonenrandgebiet erbracht haben.

3/ Noch in der Sitzung am 21. Januar 1976 unterstrich der Parlamentarische Staatssekretär Karl Herold auf eine entsprechende Aufforderung hin, daß die Bundesregierung und sein Ministerium alles daransetzen werden, um im Wege der tatsächlichen Haushaltswirtschaft genauso viele Reisen zu fördern, wie das in den Vorjahren der Fall war.

Angeichts dieses Sachverhaltes entpuppt sich die Attacke des CDU-Politikers Wohlrahe als ein ebenso überflüssiges wie bedauerliches Propagandamanöver. Ein Haushaltsfachmann weiß, daß zwischen Haushaltsplanung und Haushaltsvollzug genügend Luft ist, um das angestrebte Ziel zu verwirklichen. Was kann man im Übrigen mehr verlangen als das Wort dessen, der dafür die politische Verantwortung trägt?

Wenn es dem CDU-Politiker Wohlrahe tatsächlich darum gegangen wäre, einen haushaltspolitischen Beitrag zur deutschen Frage zu leisten, dann hätte er statt öffentlicher Polemik den Weg des interfraktionellen Gesprächs gewählt. Es spricht für sich, daß er es in Kenntnis der richtigen Antworten vorgezogen hat, mit falschen Feststellungen an die Öffentlichkeit zu treten.

(-/26.1.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Wie rechts rechtet Dr. Stoltenberg?

Extremisten-Festlegung nach krummen CDU-Maßstäben

Von Dr. Klaus Klingner MdL

Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein

Da wird in Schleswig-Holstein der Landesmitbegründer der sehr rechtslastigen Nationaldemokratischen Partei (NPD) in die Leitung des Gymnasiums Neustadt/H. berufen. Er will sich nach vier NPD-Abgeordnetenjahren im Landtag als einfaches Parteimitglied politisch zur Ruhe gesetzt haben. So sieht es auch die Landesregierung.

Da werden im Land zwischen den Meeren - in Kiel, in Heide, in Elmsborn - drei junge Lehrer aus dem Schuldienst entfernt. Ihnen wird keine verfassungsfeindliche Beeinflussung der Schüler zur Last gelegt. Sie bekennen sich zum Grundgesetz. Ihnen wird vorgeworfen, sich vor ihrer Dienstzeit für kommunistische Gruppen betätigt zu haben. Sie waren - wenn überhaupt - kleine Mitläufer.

Schon die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei reiche in der Regel zur Ablehnung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst. Mit dieser Parole tritt Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg bundesweit als Wahlkämpfer auf und greift SPD wie FDP an, weil sie differenzieren.

Aber von der NPD wirkt nicht nur Studiendirektor Dr. Rheingans im Dienste Schleswig-Holsteins. Sein früherer Fraktionskollege Lober aus dem Landtag ist Kreisjugendpfleger in Schleswig. Frau David-Happach, bekannt als Landes- und Bundesvorstandsmitglied dieser Partei, unterrichtet als Lehrerin in LQbeck. Der stellv. NPD-Landesvorsitzende Führer bekam als Beamter der Kreisverwaltung Steinburg bis jetzt regelmäßig Lehraufträge für die Kreisberufsschule des Landes in Itzehoe; er gab Rechtsunterricht.

Die Regierung Dr. Stoltenbergs beachtligt ihrem Studiendirektor, sie habe nach besonders sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls keinen konkreten Zweifel daran, daß er sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen werde. Aber: Was muß man eigentlich noch mehr getan haben als Rheingans, um bei dieser Landesregierung Zweifel zu wecken? Gleiches Recht für alle? Oder steht in Schleswig-Holstein das Recht rechts?

Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört die Gleichheit vor dem Gesetz. "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", sagt das Grundgesetz. Zweifel drängen sich auf, ob die Kieler Regierung Dr. Stoltenbergs für dieses Grundgesetz eintritt. Wie kann sie sonst vertreten, daß der Mitbegründer und langjährige Repräsentant einer verfassungsfeindlichen Partei im öffentlichen Dienst des Landes gefördert wird, während angebliche Mitläufer einer anderen gefeuert werden? Wie rechts rechtet Dr. Stoltenberg?

Dr. Rheingans bekennet sich öffentlich zum Grundgesetz. Er hat das als Beamter geschworen. Das haben aber auch die gefeuerten jungen Lehrer getan. Soll man ihm, soll man ihnen glauben? Dr. Stoltenberg muß jetzt Farbe bekennen. Gelten seine Extremisten-Parolen auch für NPD-Funktionäre oder nicht? Der Rechtsstaat kann eine Handvoll zweifelhafter Beamter verkraften. Zweifel an der gleichen Anwendung des Rechts gegen jedermann verkraftet er aber nicht.

(-/26.1.1976/bgy/pr)

+ + +

Makabre Antilogik als Propagandemittel

Bemerkungen zu den Fluchthelfer-Prozessen in der DDR

Es ist noch nicht lange her, daß die DDR-Politik alles, was mit "Republikflucht" zusammenhing, tabuisierte. Mittlerweile bedient sie sich der Fluchthelfer-Prozesse als Mittel der Propaganda. Zweifellos soll die gerichtliche Vorführung und drakonische Bestrafung derjenigen, die an dem immer ausbruchsicherer werdenden Sperrsystem gescheitert sind, abschrecken; aber die Intentionen der politisch Verantwortlichen reichen über diesen beabsichtigten Effekt hinaus.

Fluchthilfe und Flucht sollen mit dem Odium des Verbrecherischen umgeben, als moralisch absolut verwerflich dargestellt werden, und dabei soll zumindest auch noch ein Seitenhieb auf den "Klassenfeind" in der Bundesrepublik abfallen, der diese Machenschaften unterstütze. So erklärte die Ostberliner Staatsnachrichtenagentur ADN anlässlich des Prozesses gegen den Westberliner Fluchthelfer Rainer Schubert: "Die engen Beziehungen der Menschenhändlerorganisation zu offiziellen Stellen der BRD und des Senats von Berlin-West wurden an Hand der vorgelegten wissenschaftlichen Arbeiten exakt nachgewiesen." Der Fluchthelfer wird als "berufsmäßiger Menschenhändler" und die Tätigkeit seiner Organisation "als in höchstem Maße antihumanistisch" bezeichnet, weil "durch die Anwerbung und Schleusung von Kadern aus dem Bereich des Gesundheitswesens... eine schwerwiegende Einschränkung der Leistungsfähigkeit von medizinischen Kollektiven und medizinischen Fachgebieten herbeigeführt" worden sei.

Das Makaber-Groteske dieser Argumentation, die Ursache und Wirkung bis zur Pervertierung von Logik und Moral verdreht, scheinen die Verantwortlichen zu verdrängen. Aber auch die Tatsache, daß es sich bei der professionellen Fluchthilfe um eine Branche handelt, der leicht Aspekte des Ungediegenen, Zweifeltigen, um nicht zu sagen Anrüchigen, nachzuweisen sind, spielt für die Propaganda-Komponente dieser Gerichtsspektakel eine entscheidende Rolle. Dabei gibt sich auch dieser Sach-

verhält dem nicht verstorbenen Urteilsvermögen sofort als fadenscheiniges Indiz im Bemühen um Kriminalisierung des Bereiches "Republikflucht" zu erkennen: Nicht der mit seinen Operationen zwangsläufig in den Untergrund verwiesene Fluchthelfer-Profi, der natürlich seinen Gewinn im Auge hat, ist Ursache und Kern der Problematik, sondern das Regime, das seinen Bürgern elementare Menschenrechte vorenthält und damit Bedarf an "Schleusungen" schafft und "Schleuser" auf den Plan ruft. Die Fluchthelfer als "Menschenhändler" zu bezeichnen ist absurd.

ADN steht indessen nicht an, das Faktum, daß es in der DDR Menschen gibt, die keinen Preis und kein Risiko scheuen, um diesem Staat zu entfliehen, so darzustellen, als ob es sich bei der Fluchthilfe um eine Art Gefangennahme und Verschleppung in die Sklaverei handle. Die Ostberliner offizielle Nachrichtenagentur schrieb zum Fall Schubert beispielsweise: "Der 25jährige Zeuge... bestätigte die bereits mehrfach zur Sprache gekommene illegale Einschleusung von DDR-Bürgern in die Schweiz, wo ihnen das BRD-Konsulat die DDR-Dokumente abnahm und provisorische BRD-Pässe ausstellte." Hier wird der Eindruck erweckt, als ob Quasi-Entführten die Papiere abgenommen, als ob sie der Dokumente ihrer Bürgerrechte entkleidet würden.

Aber nicht alle DDR-Bewohner ließen sich von Schubert von dannen, in die Ungewißheit, treiben. Er habe zugeben müssen, schrieb "Neues Deutschland", "daß weitere Abwerbungversuche scheiterten, weil die DDR-Bürger das Verlassen der Republik ablehnten". Ach wären die Verhältnisse im anderen Deutschland doch nur so, daß alle freiwillig und leichten Herzens Schubertacher Dienste enttraten möchten, daß dort der Markt für Fluchthelfer ungefähr so beschaffen wäre wie der für Tropenhelmverkäufer in Grönland! Dann gäbe es die ganze Problematik nämlich nicht mehr.

Claus Preller
(-/26.1.1976/wl/pr)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller